



Bleibt die Armutsbekämpfung auf der Strecke?

Der Aktionsplan von Addis setzt auf Privatsektorförderung

Ausreichende finanzielle Mittel, klare Regeln für Banken, Investoren und Finanzdienste sowie ein faires internationales Finanzsystem sind Voraussetzungen, um den globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund bedeutet für viele Entwicklungsländer die Dritte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung der Vereinten Nationen (UN) mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, die vom 13. bis zum 16. Juli 2015 in Addis Abeba in Äthiopien stattfand, eine herbe Enttäuschung. Der dort verabschiedete Aktionsplan enthält nur wenige konkrete Schritte, um Entwicklung zu finanzieren und die ambitionierten Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Dringend notwendige strukturelle Reformen werden nicht angegangen.

Die Konferenz sollte zusätzliche Finanzmitteln für die Umsetzung der neuen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) mobilisieren. Die Einigung sollte auch eine wichtige Weichenstellung für die UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris darstellen. Vor allem aber wollte die Addis-Konferenz strukturelle Reformen in den Bereichen Handel, Verschuldung, Finanzen und Steuern im Sinne einer nachhaltigen

Entwicklung voranbringen (s. Brot für die Welt 2015: Aktuell 48). Nach intensiven Verhandlungen einigte sich die internationale Staatengemeinschaft schließlich auf den Addis-Abeba-Aktionsplan (AAAA).

Die UN bezeichnet diesen Aktionsplan als „historisches Abkommen“. „Die Ergebnisse hier aus Addis Abeba bieten uns die Grundlage für eine neu belebte weltweite Partnerschaft der nachhaltigen Entwicklung, die niemanden zurücklässt“, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller begrüßte die Einigung als großen Erfolg und gute Grundlage für einen neuen Weltzukunftsvertrag auf dem UN-Gipfel zur Post-2015-Agenda in New York. Doch die in Addis Abeba anwesenden Nichtregierungsorganisationen (NRO), zu denen auch Brot für die Welt gehörte, kommen zu einem deutlich kritischeren Ergebnis.

Die Addis-Konferenz hat die Chance versäumt, die strukturellen Ungerechtigkeiten im internationalen Wirtschaftssystem anzupacken, bemängelt das Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, zu dem sich über 600 internationale Organisationen zusammengeschlossen haben (CSO FfD Forum



Stefano Prato, Geschäftsführer der Society for International Development, bringt die Deklaration der Nichtregierungsorganisationen in die Debatte der Regierungsdelegierten ein.

2015a und b). Zu diesem Bündnis gehören viele Partner von Brot für die Welt, unter anderem das afrikanischen Schuldennetzwerk Afrodad, Reality of Aid-Africa, das Kenya Debt Relief Network Kendreen, das lateinamerikanische Netzwerk Latindadd, das indonesische Netzwerk INFID und das Third World Network.

Auch bei den meisten Entwicklungsländern stieß die Einigung von Addis Abeba auf Kritik. Der Inhalt des Aktionsplans sei unausgewogen und zu stark von den Interessen des Nordens bestimmt. Addis sende damit ein enttäuschendes Signal für den Multilateralismus. Statt Entwicklung für die ärmsten Regionen stehe die Förderung des Privatsektors im Vordergrund, kritisierten die armen Entwicklungsländer und auch Schwellenländer wie Brasilien.

Besonders heftig gerungen wurde um das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (*Common But Differentiated Responsibility* – CBDR). Dieses Prinzip, das auf den Erdgipfel von Rio 1992 zurückgeht, besagt, dass die Lasten und Kosten im Bezug auf globale Herausforderungen zwischen den Ländern fair aufzuteilen sind. Die Entwicklungsländer verlangten darum im Vorfeld der Konferenz von Addis Abeba die Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Kapazitäten und Entwicklungsstufen bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und betonten die verschiedene Verantwortung entsprechend ihrer jeweiligen ökonomischen Leistungsfähigkeit. Denn theoretisch könnte die Maxime CBDR für alle globalen öffentlichen Güter

als Leitprinzip dienen. Doch die Industrieländer wehrten sich erfolgreich dagegen. Der Streit um das CBDR-Prinzip wird sich fortsetzen und auch zum Dreh- und Angelpunkt der Post-2015- und Klima-Verhandlungen werden.

Ein Aktionsplan mit wenig Aktionen

Dem Addis-Abeba-Aktionsplan mangelt es insgesamt an klaren Ergebnissen, deren Umsetzung überprüft und eingefordert werden könnte. Er enthält nur wenig Neues zur Finanzierung der Nachhaltigkeitsagenda und noch weniger Konkretes zur Reform des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Der geringe politische Wille ist enttäuschend angesichts der gewaltigen globalen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt: die extreme Armut endgültig überwinden, soziale Gerechtigkeit durchsetzen und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Die reichen Länder wiederholten zwar ihr Bekenntnis, die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) auf 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern, jedoch ohne verbindliche Zeitvorgaben zu verabschieden. Deutschland bringt derzeit nur etwas über 0,4 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für die ODA auf.

Bedauerlicherweise wurde auch der Verweis auf die Finanztransaktionssteuer als ein innovatives Finanzierungsinstrument aus dem Abschlussdokument

gestrichen. Dabei würden die zusätzlichen Mittel aus einer solchen Steuer für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und die Bekämpfung des Klimawandels dringend benötigt.

Vor dem Hintergrund dieser gewaltigen Finanzierungsherausforderungen wären deutlich ambitioniertere Zusagen der Geberländer notwendig gewesen. Die Enttäuschung vor allem bei den ärmsten Entwicklungsländern ist groß. Stattdessen versuchen die Geberländer, den Privatsektor durch Anreize für private Investitionsflüsse und öffentlich-private Partnerschaften stärker in die Entwicklungsfinanzierung einzubinden. Zunehmend sollen ODA und öffentliche Haushaltsmittel der Entwicklungsländer für die Absicherung der Risiken privater Investitionen herangezogen werden.

Die Förderung privater Investitionen als Wundermittel für Entwicklung

In der Abschlusserklärung zeigt sich der globale Trend, öffentlich-private Partnerschaften und private Investitionsflüsse als ein neues Wundermittel für die Förderung nachhaltiger Entwicklungsprozesse zu propagieren.

“We call on all businesses to apply their creativity and innovation to solving sustainable development challenges. We invite them to engage as partners in the development process...” (AAAA, Paragraph 35)

Die Regierungen errechnen einen Finanzierungsbedarf in Entwicklungsländern für wichtige Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Transport, Energie und Wasserversorgung von 1 bis 1,5 Billionen US-Dollar jährlich. Dieser Bedarf soll durch verstärkte finanzielle und technische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gedeckt werden.

“To bridge the global infrastructure gap, including the \$1 trillion to \$1.5 trillion annual gap in developing countries, we will facilitate development of sustainable, accessible and resilient quality infrastructure in developing countries through enhanced financial and technical support.” (Paragraph 14)

Dazu vereinbarten die Regierungsvertreterinnen und -vertreter in Addis:

1. ein neues Forum zur Infrastrukturförderung unter der Leitung der multilateralen Entwicklungsbanken zu schaffen. In diesem sollen die neuen internationalen Infrastrukturinitiativen koordiniert werden. Gleichzeitig soll darauf geachtet werden,

dass die Investitionen ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig sind. Doch wie diese wichtigen Nachhaltigkeitskriterien gesichert werden können, bleibt ungeklärt.

“As a key pillar to meet the sustainable development goals, we call for the establishment of a global infrastructure forum...led by the multilateral development banks. ... It will highlight opportunities for investment and cooperation, and work to ensure that investments are environmentally, socially and economically sustainable.” (Paragraph 14)

2. ein neues Technologie-Förderungsinstrument (TFM) auf dem UN-Gipfel im September einzurichten, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen.

“We decide to establish a technology facilitation mechanism. The mechanism will be launched at the United Nations summit for the adoption of the post-2015 development agenda in order to support the sustainable development goals.” (Paragraph 123)

3. das TFM Instrument durch ein neues Multi-Stakeholder Forum für Wissenschaft, Technologie und Innovation zu unterstützen, zu dem Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, Industrie, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie einem UN Task-Team gehören. Dieses Forum soll sich zukünftig jedes Jahr für zwei Tage treffen, um Vorschläge für die Förderung des Technologietransfers zu entwickeln und sich zwischen den Treffen auf einer Online-Plattform austauschen.

“We decide that the technology facilitation mechanism will be based on a multi-stakeholder collaboration between Member States, civil society, the private sector, the scientific community, United Nations entities and other stakeholders and will be composed of a United Nations inter-agency task team on science, technology and innovation for the sustainable development goals, a collaborative multi-stakeholder forum on science, technology and innovation for the sustainable development goals and an online platform.” (Paragraph 123)

4. im Jahr 2017 eine Technologie-Bank speziell für die ärmsten Länder zu gründen (Paragraph 124).

Doch ist diese Fokussierung auf Privatinvestitionen wirklich der Schlüssel zur Entwicklung? Private ausländische Investitionen können durchaus eine wichtige Rolle bei wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen spielen. Aber da diese Mittel auf Profitinteressen beruhen, geht eine armutsreduzierende Wirkung

nicht per se mit privaten Mitteln einher. Nur selten fließen die Gelder von Privatinvestoren in ärmere Regionen oder in wenig profitversprechende Bereiche wie Erziehung und Basisgesundheits. Es bedarf daher starker politischer Steuerungsmechanismen, damit diese Investitionen sozialer Entwicklung zugute kommen und im Einklang mit nationalen Entwicklungsplänen stehen. Diese Steuerungsmechanismen sind in den meisten ärmeren Entwicklungsländern jedoch zu schwach ausgebildet, um die großen internationalen Konzerne regulieren zu können. Einige der in Addis Abeba anwesenden deutschen Oppositionspolitiker und -politikerinnen kritisierten, dass private Förderung zwar durchaus berechtigt sein könne, aber nicht zum systemtragenden Element werden dürfe. Entwicklungspolitik drohe sonst verstärkt zum Investitionsprogramm für die im Finanzsystem geparkten Milliarden der multinationalen Konzerne zu verkommen.

Ein weiteres Problem sehen zivilgesellschaftliche Repräsentantinnen und Repräsentanten darin, dass bezüglich der Achtung der Menschenrechte noch immer lediglich auf Freiwilligkeit in der Unternehmensverantwortung gesetzt wird, anstatt diese mit gesetzlichen Vorgaben verbindlich zu gewährleisten. Auch sorgfältige Vorab-Wirkungsprüfungen der Investitionen werden in dem neuen Aktionsplan nicht gefordert. Diese könnten dazu beitragen, die Wirkung privater Investitionen hinsichtlich Armutsreduzierung und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Die in Addis anwesenden Nichtregierungsorganisationen forderten daher, verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards für Unternehmen und öffentlich-private Partnerschaften einzuführen. Ein kleiner Erfolg der gemeinsamen Lobbyarbeit der Nichtregierungsorganisationen war immerhin die Aufnahme eines Verweises auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in die Abschlusserklärung.

“We will foster a dynamic and well-functioning business sector, while protecting labour rights and environmental and health standards in accordance with relevant international standards and agreements, such as the Guiding Principles on Business and Human Rights and the labour standards of ILO, the Convention on the Rights of the Child and key multilateral environmental agreements, for parties to those agreements.” (Paragraph 37)

Doch die Vorschläge für verbindliche menschenrechtliche und ökologische Regeln bei privaten Finanzierungsflüssen stießen nicht auf Konsens.

Der Aktionsplan erkennt immerhin an, dass es bereits mehrere Initiativen gibt, die darauf abzielen, sozial, ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu fördern. Dabei spielen auch Menschenrechtskriterien eine Rolle. Es ist eine positive und wichtige Entscheidung der Regierungen in Addis, diese Prinzipien und Leitlinien zur Regulierung der privaten Investitionen zu harmonisieren und Mechanismen für deren Einhaltung stärken zu wollen.

“We will work towards harmonizing the various initiatives on sustainable business and financing, identifying gaps, including in relation to gender equality and strengthening the mechanisms and incentives for compliance.” (Paragraph 37)

Auch sollen neue Richtlinien für den Einsatz von öffentlich-privaten Partnerschaften entwickelt werden. Es werden globale und regionale Diskussionsforen zum offenen Austausch über die Auswirkungen dieser geschaffen. Die betroffene Zivilgesellschaft wird in den Foren eine entscheidende Rolle einnehmen können.

“We commit to holding inclusive, open and transparent discussion when developing and adopting guidelines and documentation for the use of public-private partnerships, and to build a knowledge base and share lessons learned through regional and global forums.” (Paragraph 48)

Streit um eine UN-Kommission zur internationalen Steuerkoordination

Fast gescheitert wären die Verhandlungen in Addis an der Frage, wie die Entwicklungsländer ihr Steueraufkommen erhöhen und Steuerhinterziehung unterbinden können. Derzeit verlieren nicht nur die Industrieländer, sondern gerade auch die Entwicklungsländer jährlich Milliarden Dollar durch Steuerflucht und -vermeidung. Etwa das Dreifache der aktuell gezahlten Entwicklungshilfe entgeht den Entwicklungsländern so nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) jedes Jahr. An Steuerflucht und -vermeidung sind vor allem weltweit operierende Konzerne im großen Stil beteiligt. Dabei würden diese Steuereinnahmen dringend gebraucht, um Gesundheit, Bildung und andere Grunddienste zu finanzieren.

Die Entwicklungsländer wollen daher die Rolle der Vereinten Nationen in Steuerfragen aufwerten. Die westlichen Industriestaaten setzen dagegen auf die OECD, in der die Entwicklungsländer nicht ver-

treten sind, sowie auf den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Verhandlungen gestalteten sich folglich hochgradig konfrontativ.

Die Entwicklungsländer konnten ihre Forderungen nach einer Stärkung der Arbeit der UN zu internationalen Steuerregeln letztlich jedoch nicht durchsetzen. Die Etablierung einer zwischenstaatlichen UN-Kommission zur Kooperation in Steuerfragen wurde durch den massiven Druck der Industriestaaten verhindert. Beschlossen wurde lediglich eine bessere finanzielle Ausstattung des bestehenden UN-Expertenausschusses zu Steuerfragen. Die Entwicklungsländer planen aber, die Frage nach der Rolle der UN beim Thema internationale Steuerpolitik bei zukünftigen Verhandlungen in New York wieder aufzugreifen.

Auch wichtige Reformvorschläge wie die Einführung von öffentlichen Registern wirtschaftlicher Eigentümerinnen und Eigentümer sowie öffentliche länderbezogene Berichtspflichten für Unternehmen blieben auf der UN-Konferenz unberücksichtigt. Zwar hat Deutschland am Rande der Konferenz mit weiteren Partnern eine „Internationale Steuerinitiative“ lanciert. Diese ist wichtig und zielt auf die Stärkung der Steuerverwaltung in Entwicklungsländern. Doch das ändert noch nichts an der notwendigen Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Gestaltung internationaler Regelwerke in Steuerfragen. Das Ergebnis von Addis Abeba ist kein gutes Zeichen für ein transparentes internationales Steuersystem und gegen illegale Finanzflüsse und Steuerhinterziehung.

Leerstellen zum Thema Schulden und Schuldentragfähigkeit

Derzeit haben 83 Entwicklungs- und Schwellenländer ein Überschuldungsproblem und in vielen Ländern drohen neue Schuldenkrisen, stellt Erlassjahr, das deutsche zivilgesellschaftliche Bündnis für die Entschuldung der Entwicklungsländer, fest. Der gesamte Schuldendienst aller Entwicklungs- und Schwellenländer betrug im Jahr 2013 rund 680 Milliarden US-Dollar. Doch die jährlichen Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit an alle Entwicklungsländer beliefen sich nur auf 137 Milliarden US-Dollar (Erlassjahr 2015a und b). Hinzu kommt, dass immer mehr Entwicklungshilfe in Form von Krediten gewährt wird. Dadurch wächst der Schuldenberg in vielen Ländern weiter an.

Demgegenüber wirken die schwachen Beschlüsse von Addis zur Staatsverschuldung wie ein Hohn. Lediglich ein Verweis auf die Beschlüsse der Monter-

rey-Konferenz, nach denen eine Verbindung zwischen Schuldenrestrukturierung und der Fähigkeit zur Finanzierung der Nachhaltigkeitsziele hergestellt werden soll, fand Eingang in das Abschlussdokument.

“We... acknowledge that successful debt restructurings enhance the ability of countries to achieve sustainable development and the sustainable development goals.” (Paragraph 98)

Positiv ist immerhin der Hinweis, dass es notwendig sei, Prinzipien zu verantwortlicher Kreditvergabe und -aufnahme auf der Basis existierender Initiativen, zum Beispiel der Prinzipien der UN-Handelsorganisation/UNCTAD, zu entwickeln. Doch wie und wo das geschehen wird, bleibt im Addis-Aktionsplan offen.

“We will work towards a global consensus on guidelines for debtor and creditor responsibilities in borrowing by and lending to sovereigns, building on existing initiatives.” (Paragraph 97)

Der Aktionsplan benennt auch das Problem einer bestimmten Gruppe von Gläubigern, den sogenannten „Geierfonds“. Diese Investmentfonds sind darauf spezialisiert, Wertpapiere überschuldeter Staaten zu günstigen Preisen am Kapitalmarkt aufzukaufen. Nach dem Kauf weisen sie alle Umschuldungsangebote ab und verklagen stattdessen den betroffenen Staat auf Begleichung der Schulden in voller Höhe. Dieses „Modell“ hat sich mittlerweile zu einem lukrativen Geschäft für die Investoren entwickelt, beinhaltet aber für die Bevölkerung des überschuldeten Staates oft eine schmerzliche Kürzung der öffentlichen Sozialleistungen. Die Regierungen haben sich darum geeinigt, betroffene Entwicklungsländer durch Rechtsberatung zu unterstützen und ermutigen sie, schützende Klauseln in ihre Verträge aufzunehmen.

All das sind zwar nützliche Empfehlungen, aber noch keineswegs ausreichende Instrumente im Kampf gegen nicht kooperierende Gläubiger. Nur die Schaffung eines verbindlichen Rechtsrahmens für die Umschuldung von öffentlichen Schulden könnte verhindern, dass die drohenden Schuldenkrisen in vielen Ländern im Globalen Süden zu einem Entwicklungshindernis werden.

Das insgesamt schwache Ergebnis in Addis war jedoch zu erwarten, da die Diskussion um ein faires Entschuldungs- beziehungsweise Schiedsgerichtsverfahren in einem parallelen UN-Prozess stattgefunden hat. Doch auch der Parallelprozess hatte aufgrund der Blockade der Industriestaaten nur ein schwaches Ergebnis. Damit bleiben zukünftige Schuldenprobleme von Staaten ungelöst.

Aktionen zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems fehlen

Bei den letzten beiden Entwicklungsfinanzierungskonferenzen in Monterrey (2002) und in Doha (2008) gehörten Fragen zu systemischen Reformen der globalen Finanzarchitektur zu den wichtigsten und strittigsten Themen (s. Brot für die Welt (2015): Aktuell 48 Entwicklungsfinanzierung). Doch sieben Jahre nach der großen internationalen Finanzkrise sind stabile globale Finanzmärkte offensichtlich kein zentrales Thema mehr. Die im Aktionsplan genannten Regulierungsvorschläge dazu bleiben unkonkret und sind lediglich allgemeine Appelle zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen.

“We commit to pursuing sound macroeconomic policies that contribute to global stability, equitable and sustainable growth and sustainable development, while strengthening our financial systems and economic institutions. When dealing with risks from large and volatile capital flows, necessary macroeconomic policy adjustment could be supported by macroprudential and, as appropriate, capital flow management measures.” (Paragraphen 105 und 38)

Und das, obwohl sich in einigen Schwellenländern immer größere Finanzsektoren entwickeln, die viele Risiken bergen. Zum Beispiel hat China offensichtlich ein immer größeres Problem mit Schattenbanken, sprich mit Kreditgebern, die nicht wie Banken reguliert sind. Die in Addis vertretenen Regierungsvertreter und -vertreterinnen unterstützen die unzureichenden Reformvorschläge des Basler Bankstabilitätsrates (FSB) und die Pläne der G20 sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese wollen Schattenbanken und Derivate regulieren und zur Lösung des Problems systemrelevanter Banken beitragen. Weiterführende Aktionsvorschläge blieben jedoch aus.

“We will hasten completion of the reform agenda on financial market regulation, including assessing and if necessary reducing the systemic risks associated with shadow banking, markets for derivatives, securities lending, and repurchase agreements. We also commit to addressing the risk created by “too-big-to-fail” financial institutions, and addressing cross-border elements in effective resolution of troubled systemically important financial institutions.” (Paragraph 109)

Ähnlich verhält es sich mit dem Problem volatiler Nahrungsmittelpreise und deren Konsequenzen auf die globale Nahrungssicherheit. Das Problem wird zwar benannt, dennoch appelliert der Addis-Aktionsplan nur allgemein an die internationalen



Durch die immer wiederkehrenden Dürren werden in Äthiopien Nahrungsmittel knapp und teuer. Eine staatliche Grundversorgung könnte Hungersnöte und Verelendung verhindern. Dazu braucht Äthiopien internationale Unterstützung.

Institutionen und Regierungen, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“, ohne zu benennen, worin diese bestehen könnten. Lediglich marktkonforme Maßnahmen werden empfohlen. Demnach sollen akkuratere und transparente Informationen zur Marktentwicklung genügen, um die exzessive Volatilität der Rohstoffe zu begrenzen.

“We are concerned about excessive volatility of commodity prices, including for food and agriculture and its consequences for global food security and improved nutrition outcomes. We will adopt measures to ensure the proper functioning of food commodity markets and their derivatives and call for relevant regulatory bodies to adopt measures to facilitate timely, accurate and transparent access to market information in an effort to ensure that commodity markets appropriately reflect underlying demand and supply changes and to help limit excess volatility of commodity prices.” (Paragraph 108)

Appell zur Finanzierung sozialer Sicherungssysteme

Begrüßenswert im Aktionsplan ist die Ankündigung eines erneuten Bemühens („new social compact“), Armut in allen ihren Formen weltweit zu beseitigen und die bislang nicht erreichten Millenniumsentwicklungsziele endlich zu erfüllen. Die Regierungen haben in Addis ihre Selbstverpflichtung bestätigt, nationale soziale Sicherungssysteme zu entwickeln und vor allem die soziale Grundversorgung für

alle zu garantieren. Öffentliche Dienstleistungen sollen qualitativ gut und für alle zugänglich sein. Erstmals wird damit im UN-Prozess der Entwicklungsfinanzierung die Bedeutung des Themas sozialer Sicherheit für nachhaltige Entwicklungsprozesse benannt. Das bietet Nichtregierungsorganisationen, vor allem im Globalen Süden, zusätzliche Ansätze für die Lobbyarbeit gegenüber ihren Regierungen.

“...we commit to a new social compact. In this effort, we will provide fiscally sustainable and nationally appropriate social protection systems and measures for all, including floors, with a focus on those furthest below the poverty line and the vulnerable, persons with disabilities, indigenous persons, children, youth and older persons. We also encourage countries to consider setting nationally appropriate spending targets for quality investments in essential public services for all.” (Paragraph 12)

Allerdings geht es hier nicht um einen neuen Sozialvertrag, sondern nur um das Einlösen bereits bestehender menschenrechtlicher Verpflichtungen, soziale Grundsicherung weltweit umzusetzen.

Der Text enthält zwar positive Absichtserklärungen zu internationalen Verpflichtungen und zur Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel:

“We commit to strong international support for these efforts, and will explore coherent funding modalities to mobilize additional resources, building on country-led experiences.” (Paragraph 12)

Es bleibt jedoch unklar, wie genau die internationale Unterstützung der Finanzierung sozialer Grunddienste aussehen soll.

Der wichtigste Beschluss: Die Stärkung des Umsetzungsprozesses

Ein Hoffnungsschimmer und sicher auch Erfolg der NRO-Lobbyarbeit im Vorfeld von Addis Abeba ist der Beschluss, ein Forum für Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development-Forum) bei den Vereinten Nationen einzurichten, das die Umsetzung des Aktionsplans von Addis Abeba jährlich überprüft. Es handelt sich dabei um ein zwischenstaatliches, politisches UN-Gremium unter dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, das jedes Jahr fünf Tage lang die Realisierung der Beschlüsse verfolgen wird. Das neue Forum soll ab 2016 tagen und seine Vorschläge dem neu gegründeten Hocharangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen und der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorlegen (Para-

graph 132). Die genauen Modalitäten werden 2016 auf UN-Ebene festgelegt.

Ein solches UN-Forum für Entwicklungsfinanzierung eröffnet die Chance, die in Addis nicht akzeptierten Vorschläge weiter zu entwickeln und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Es lässt darüber hinaus Raum für politische Auseinandersetzung zu strittigen Themen sowie für Entscheidungen zu Systemfragen der globalen Finanzarchitektur. Ein gestärkter Umsetzungsprozess ist in jedem Fall ein positives Signal für die zukünftigen Verhandlungen zu Entwicklungsfinanzierung. Die nächste internationale UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ist für 2019 geplant.

Ausblick

Das größte Versäumnis der ersten Entwicklungskonferenzen in Monterrey und Doha wurde in Addis Abeba endlich korrigiert: Ab 2016 prüft das neue Forum für Entwicklungsfinanzierung (FfD) die Umsetzung der Beschlüsse. Aus Sicht der Entwicklungsländer ist das ein wesentlicher Erfolg der Konferenz von Addis, der die Debatte zur gesamten Themenbandbreite des Entwicklungsfinanzierungsprozesses, einschließlich der globalen System- und Finanzfragen, auf UN-Ebene weiterführt und stärkt.

Auch die Erfüllung der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) wird in diesem Forum Thema sein. Der umfassendere Prozess der Entwicklungsfinanzierung und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ergänzen sich zwar, sind aber nicht identisch. Daher haben die Regierungsvertreterinnen und -vertreter in Addis beschlossen, zusätzlich eine ständige Arbeitsgruppe aus Stabsmitgliedern der verschiedenen UN-Organisationen, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der OECD einzurichten („Inter-Agency Task Force“, Paragraph 133). Diese Arbeitsgruppe soll ab 2016 jährlich einen Bericht über die Fortschritte, aber auch über Lücken bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Post-2015-Entwicklungsagenda erstellen. Sie soll gegebenenfalls auch Empfehlungen für eine Korrektur der Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs vorschlagen. Der jährliche SDG-Bericht soll laut Aktionsplan von Addis eine der Grundlagen für das neue FfD-Forum sein.

Darüber hinaus sollen die Ergebnisse der zweijährlichen Beratungen im Entwicklungskooperationsforum („Development Cooperation Forum“) zur Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit in die Diskussionen des FfD-Forums einfließen.

Einer der fünf Sitzungstage wird dem Austausch zwischen UN-Organisationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation gewidmet sein.

Die Zuarbeit all dieser Gremien zum FfD-Forum soll es den UN-Mitgliedern ermöglichen, Kompromissvorschläge zu gezielten Themen auszuhandeln. Diese Empfehlungen des FfD-Forums sollen beim Treffen der Staatschefs im neu gegründeten Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen, das nun alle vier Jahre stattfindet, zur Entscheidung gebracht werden.

Auch wenn die genauen Modalitäten noch nicht bestimmt worden sind, ist bereits klar: Die Zivilgesellschaft wird ihre starke Rolle, die sie seit Monterrey im Entwicklungsfinanzierungsprozess innehatte, fortsetzen können. Daher werden Nichtregierungsorganisationen von ihrer Möglichkeit Gebrauch machen, Themenvorschläge für das Treffen der Regierungen im FfD-Forum beim FfD-Sekretariat einzureichen. Außerdem suchen sie das Gespräch mit den eigenen Regierungsvertretern und -vertreterinnen und werben um Unterstützung für ihre Themenvorschläge.

Dabei geht es vor allem um folgende Themen:

- Mobilisierung zusätzlicher nationaler und internationaler Finanzmittel für die soziale Grundversorgung aller Menschen;
- Eindämmung starker Schwankungen der Rohstoffpreise, insbesondere der Nahrungsmittelpreise;
- Entwicklung von Leitlinien für verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards für Unternehmen und öffentlich-private Partnerschaften;
- Stärkung der Mechanismen für die Einhaltung der Menschenrechts- und Umweltstandards bei Investitionen;
- Vereinbarung internationaler Maßnahmen gegen illegale Finanzflüsse und Steuerhinterziehung und Eindämmung des ungesunden Steuerwettbewerbs;
- Schaffung eines verbindlichen Rechtsrahmens für die Umschuldung von öffentlichen Schulden;
- Verbesserte Umsetzung der existierenden Ansätze zur Regulierung von Schattenbanken und Derivaten.

Die erste Sitzung des neuen Forums im Jahr 2016 wird also spannend werden.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt (2015): Die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung. Aktuell 48. Veröffentlicht unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media>

pool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell_48_Zukunft_der_Entwicklungsfinanzierung.pdf, 5.8.2015

CSO FfD Forum (2015a): Third FfD Failing to Finance Development. Veröffentlicht unter: <https://csoforffd.files.wordpress.com/2015/07/cso-response-to-ffd-addis-ababa-action-agenda-16-july-2015.pdf>, 5.8.2015

CSO FfD Forum (2015b): Declaration from the Addis Ababa Civil Society Forum on Financing for Development. Veröffentlicht unter: <https://csoforffd.files.wordpress.com/2015/07/addis-ababa-cso-ffd-forum-declaration-12-july-2015.pdf>, 5.8.2015

CSO FfD Forum (2015c): Statement by Civil Society to the Third International Conference of Financing for Development. Veröffentlicht unter: <https://csoforffd.files.wordpress.com/2015/07/cso-statement-to-ffd-plenary-13-july-2015.pdf> 13.07.2015

Erlassjahr (2015a): Pressemitteilungen: UN Konferenz Entwicklungsfinanzierung. Veröffentlicht unter: <http://www.erlassjahr.de/presse/pressemitteilungen/un-konferenz-zur-entwicklungsfinanzierung.html>, 13.07.2015

Erlassjahr (2015b): Schuldenreport 2014. Veröffentlicht unter: http://www.erlassjahr.de/cms/upload/2014/Schuldenreport_2014/Schuldenreport_2014.pdf, 13.07.2015

Vereinte Nationen (2015): Outcome document of the Third International Conference on Financing for Development: Addis Ababa Action Agenda. Veröffentlicht unter: http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/CONF.227/L.1, 5.8.2015

Impressum

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211 0
E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autorin Eva Hanfstängl

Redaktion Maike Lukow

Fotos UN Photo, Eva Hanfstängl, Christof Krackhardt

V.i.S.d.P. Dr. Klaus Seitz

Layout János Theil

Druck dieUmweltDruckerei GmbH, Langenhagen

Art. Nr. 129 502 170

August 2015

Spenden

Brot für die Welt
Spendenkonto: 500 500 500
Bank für Kirche und Diakonie
BLZ: 1006 1006
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB